

dieser Konsultation Kenntnis und verlangte, daß diese die Konsultation durchführen sollten, da er die Probleme nicht beherrsche. Die Konsultation rief bei den beteiligten Mitarbeitern der anderen Fachministerien infolge der schlechten Vorbereitung ziemlich heftige Proteste und scharfe Kritik hervor. Die Parteigruppe befaßte sich mit dem Verhalten des Genossen Löhn. Seine Unkenntnis der Probleme basiert darauf, daß er sich mit seinem Mitarbeiterkollektiv nicht genügend berät und sich auf Grund kleinbürgerlichen Denkens scheute, seine Unzulänglichkeiten zuzugeben, andererseits aber überheblich auftrat. Die Genossen berichteten hierzu, daß der Stellvertreter des Ministers, Genosse Heinicke, diese Auseinandersetzung mit dem Genossen Löhn und die Kritik an dessen Verhalten einschränken wollte, indem er erklärte, er habe das bereits ausgebügelt, das gehöre der Geschichte an.

Von der Staatlichen Plankommission wurde am 4. Juni 1957 eine Anordnung über das Verfahren bei Änderungen der Zuordnung volkseigener örtlicher und zentralgeleiteter Betriebe herausgegeben. Diese Anordnung wurde ohne Rücksprache mit den örtlichen Organen erlassen. Nach dem festgelegten Verfahren werden die Volksvertretungen überhaupt nicht gefragt. Das steht im Widerspruch zu dem Gesetz vom 17. Januar 1957 über die örtlichen Organe der Staatsmacht. Auch die für die Ausarbeitung der Bezirks- und Kreispläne herausgegebene Plansystematik stimmt nicht mit dem Gesetz über die örtlichen Organe überein.

Die Unterstützung der örtlichen Organe verstärken

Die Arbeit in den Kreisen wird nur ungenügend unterstützt. Im Kreis Liebenwerda war nach den Angaben des Vorsitzenden des Rates des Kreises in den letzten drei Jahren bis wenige Tage vor der Wahl am 23. Juni kein einziger leitender Mitarbeiter der zentralen Staatsorgane bei dem Rat des Kreises anwesend.

Das ungenügende Verantwortungsbewußtsein zentraler Staatsorgane gegenüber den staatlichen Organen im Kreis zeigte sich auch bei der Prüfung der Produktionskapazität der Grödener Tonwerke. Der Abteilungsleiter der Hauptverwaltung Feuerfeste Industrie des Ministeriums für Berg- und Hüttenwesen, Stocklossa, hat den Ende des Jahres 1956 zur Prüfung der erweiterten Produktionsmöglichkeiten in der Schamotteproduktion erfolgten Besuch dieses Betriebes nicht zum Anlaß genommen, um den Rat des Kreises auf die Bedeutung dieser Produktion hinzuweisen. Der Abteilungsleiter hat auch keine Verbindung zur Ständigen Kommission für Örtliche Wirtschaft des Kreistages aufgenommen. Die Folge war, daß Abteilungsleiter Stocklossa sich der falschen Argumentation des Privatnehmers Möller anschloß, daß eine Erweiterung der Produktion nicht möglich sei. Die Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle hat nach der Aufdeckung der Produktionsreserven dieses Betriebes durch die Ständige Kommission für örtliche Wirtschaft bei der Hauptverwaltung Feuerfeste Industrie des Ministeriums für Berg- und Hüttenwesen veranlaßt, daß für die Prüfung der Angelegenheit ein Sachverständiger zur Verfügung gestellt und eine Ausnutzung dieser Reserven erfolgen wird. Eine solche Arbeit wurde von den Abgeordneten des Kreistages als Hilfe empfunden.

Der Rat der Stadt Schwerin zeigte eine beispielhafte Initiative. Er bildete eine Mastanstalt, die als kommunaler Betrieb geführt wurde, und schloß sie mit